ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Konjunktur weiter stark, aber Risiken nehmen zu

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2018) : Konjunktur aktuell: Konjunktur weiter stark, aber Risiken nehmen zu, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 6, Iss. 1, pp. 2-21

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/176692

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IWH
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Konjunktur aktuell

1/2018
15. März 2018, 6. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH S. 02

Konjunktur weiter stark, aber Risiken nehmen zu

Die internationale Konjunktur ist seit Herbst 2016 kräftig, und auch im Jahr 2018 dürfte die Weltwirtschaft deutlich expandieren, nach vorliegender Prognose um 3,3%. Die deutsche Wirtschaft ist derzeit in einer Hochkonjunktur. Allerdings ist zweifelhaft, ob die deutsche Wirtschaft über die Kapazitäten verfügt, um das Tempo des Aufschwungs noch lange durchzuhalten. Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland dürfte im Jahr 2018 mit 2,2% noch einmal recht kräftig und im Jahr 2019 mit 1,6% deutlich moderater expandieren. Der Zuwachs der Produktion in Ostdeutschland dürfte im Jahr 2018 mit 2,0% etwas unter dem in Westdeutschland liegen.

Konjunktur aktuell: Konjunktur weiter stark, aber Risiken nehmen zu

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Die internationale Konjunktur ist seit Herbst 2016 kräftig, und auch im Jahr 2018 dürfte die Weltwirtschaft deutlich expandieren, nach vorliegender Prognose um 3,3%. Dazu trägt bei, dass die US-Steuerreform der Konjunktur in den USA einen weiteren Schub gibt. Allerdings dürften die Steuersenkungen auch Sorgen verstärkt haben, dass höhere US-Zinsen bald weltweit Aktienkurse sinken und Finanzierungkosten steigen lassen könnten. Vor diesem Hintergrund ist Anfang Februar 2018 die Volatilität auf den Finanzmärkten deutlich nach oben gesprungen. Auch trübt das Risiko einer Spirale protektionistischer Maßnahmen die weltwirtschaftlichen Aussichten, seit die USA im März Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte erhoben haben.

Die deutsche Wirtschaft ist derzeit in einer Hochkonjunktur. Allerdings haben die Unternehmen ihre Aussichten im Januar und vor allem im Februar sehr viel vorsichtiger beurteilt als zuvor. Zweifelhaft ist, ob die deutsche Wirtschaft über die Kapazitäten verfügt, um das Tempo des Aufschwungs noch lange durchzuhalten. Zwar ist gegenwärtig die Preisdynamik noch mäßig, sie zieht aber langsam an. Der Verbraucherpreisanstieg dürfte sich im Jahr 2018 auf 1,5% belaufen und im Jahr 2019 auf 1,7%. Dass schon gegenwärtig deutlich mehr produziert werden könnte, wenn Kapazitäten vorhanden wären, darauf deutet das Rekordhoch bei der Zahl an offenen Stellen hin. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2018 mit 2,2% noch einmal recht kräftig und im Jahr 2019 mit 1,6% deutlich moderater expandieren. Der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss beläuft sich im Jahr 2018 auf 1,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr wird er aufgrund der verstärkt expansiv ausgerichteten Finanzpolitik auf 0,6% zurückgehen. Der Zuwachs der Produktion in Ostdeutschland dürfte im Jahr 2018 mit 2,0% etwas unter dem in Westdeutschland liegen.

Tabelle
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2017 bis 2019

	2016	2017	2018	2019
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	1,9	2,2	2,2	1,6
darunter: Ostdeutschland[a]	2,1	1,9	2,0	1,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	0,6	1,1	1,3	0,8
Tariflöhne je Stunde	2,1	2,1	2,5	2,4
Effektivlöhne je Stunde	3,2	2,8	2,8	2,8
Lohnstückkosten[b]	1,6	1,6	1,9	2,1
Verbraucherpreisindex	0,5	1,8	1,5	1,7
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	43 638	44 291	44 900	45 326
Arbeitslose[c]	2 691	2 533	2 328	2 166
in %				
Arbeitslosenquote[d]	6,1	5,7	5,2	4,8
darunter: Ostdeutschland[a]	8,5	7,6	7,1	6,8
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	0,8	1,1	1,1	0,6
Leistungsbilanzsaldo	8,2	7,9	8,0	7,9

[a] Ostdeutschland einschließlich Berlin. – [b] Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – [c] Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – [d] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

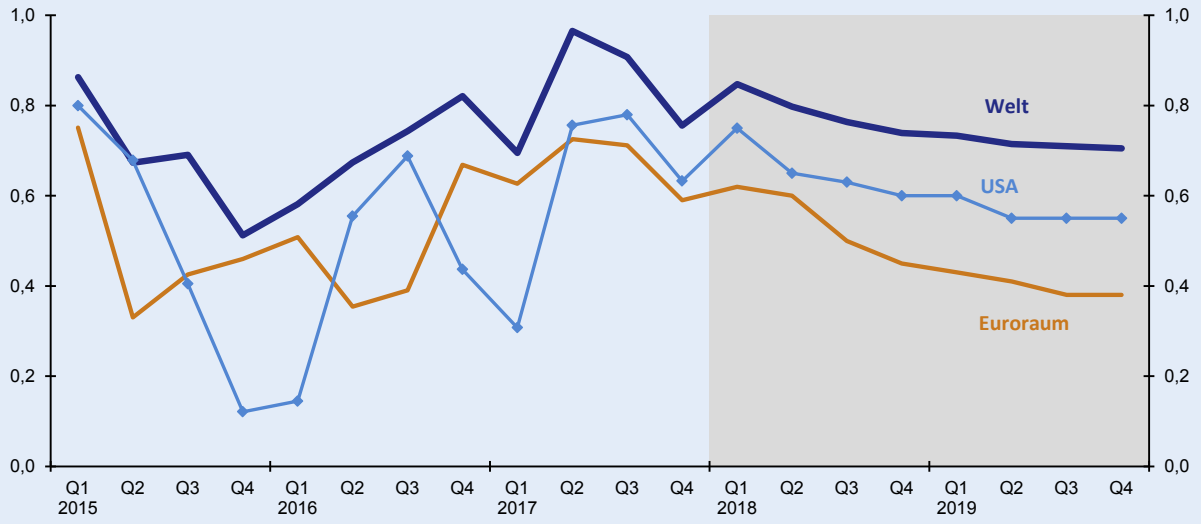
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2018: Prognose des IWH (Stand: 14.03.2018).

* Bershadskyy, Dmitri; Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, Joao Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Rehbein, Oliver; Scherer, Jan-Christopher; Schultz, Birgit; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

US-Steuerreform verstärkt kräftige Weltkonjunktur, US-Handelspolitik gefährdet sie

Die internationale Konjunktur ist seit Herbst 2016 kräftig, und sie dürfte das auch im Jahr 2018 bleiben (vgl. Abbildung 1). Zwar waren die Zuwachsraten der Produktion in den meisten großen Volkswirtschaften, so in den USA, China, im Euroraum und in Japan, im vierten Quartal 2017 niedriger als zuvor. Der Zuwachs der Weltproduktion war aber immer noch höher als im langjährigen Durchschnitt, und der Welthandel hat mit einer Jahresrate von wenig unter 5% weiter deutlich expandiert. Stimmungsindikatoren für die gewerbliche Wirtschaft fielen im Winter sogar noch einmal besser als im Herbst aus. Für ein weltweit hohes Aktivitätsniveau spricht auch, dass Erdöl und Industrierohstoffe seit dem vergangenen Sommer deutlich teurer geworden sind (vor allem auf Basis des schwächer gewordenen US-Dollar, in geringerem Maß aber auch auf Euro-Basis).

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IMF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2018 und 2019: Schätzung und Prognose des IWH.

Die Dynamik der Verbraucherpreise ist dabei nach wie vor zumeist moderat, auch in den USA, wo die Wirtschaft nunmehr seit über acht Jahren expandiert. Dennoch dürfte die US-Notenbank ihre geldpolitischen Zügel weiter zügig straffen, denn die sehr geringe Arbeitslosenrate in den USA deutet darauf hin, dass dort nahe an den Kapazitätsgrenzen produziert wird. Vor diesem Hintergrund erwarten die Finanzmärkte für dieses Jahr eine Reihe von Zinsanhebungen. Seit vergangenem Herbst sind die US-Kapitalmarktzinsen deutlich (auf zurzeit knapp 3% für 10-jährige Staatstitel) angestiegen, in geringerem Maß auch die Renditen für europäische Anleihen.

Befürchtungen, dass höhere Zinsen Unternehmenswerte bald senken und Finanzierungkosten erhöhen könnten, ließen Anfang Februar Aktienkurse weltweit sehr deutlich nachgeben, und die Finanzmarktvolatilität sprang nach oben. Auslöser war die Nachricht schneller steigender Löhne in den USA. Eine wichtige Rolle dürften dabei aber auch die jüngsten finanzpolitischen Entscheidungen gespielt haben: Ende 2017 beschloss der Kongress eine weitreichende Steuerreform, welche der US-Wirtschaft im Jahr 2018 einen erheblichen Nachfrageimpuls in der Größenordnung von 1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt geben wird.[1] Expansive Effekte ergeben sich vor allem aus der deutlichen Reduktion der Unternehmenssteuersätze, aber auch aus der für die nächsten fünf Jahre geltenden Regelung, dass bei der steuerlichen Gewinnermittlung Investitionsausgaben sofort abzugsfähig sind. Damit sind die konjunkturellen Aussichten für das Jahr

[1] Zudem beschloss der Kongress im Februar für die Fiskaljahre 2018/19 zusätzliche Ausgaben in der Größenordnung von 1½% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

noch einmal besser geworden, zugleich sind aber auch die Risiken einer Überhitzung der US-Wirtschaft gestiegen.

Im Lauf des Februars wurde ein beträchtlicher Teil der Verluste an den internationalen Aktienmärkten wieder wettgemacht, und die Aktienbewertungen sind nach wie vor recht hoch. Auch ist der Anstieg der Kapitalmarktzinsen bisher weder in den USA noch im Euroraum mit höheren Risikoprämien für Rententitel geringerer Bonität einhergegangen. Das liegt auch an den weltweit sehr günstigen Rahmenbedingungen. Denn die Finanzpolitik ist im Jahr 2018 auch im Euroraum expansiv ausgerichtet, etwa in Frankreich, den Niederlanden und nicht zuletzt in Deutschland, während in Großbritannien und Japan nur sehr vorsichtig konsolidiert wird. Zudem wird die Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auch im Jahr 2018 noch stimulierend bleiben, wenn der Expansionsgrad auch vielfach zurückgefahren wird. So liegt der gegenwärtig für Ende 2018 zu erwartende Leitzins in den USA mit 2,25 bis 2,5% wohl immer noch unter dem bei guter Konjunktur neutralen Zinsniveau. Die EZB dürfte ihr Kaufprogramm im letzten Quartal des Jahres 2018 auslaufen lassen, aber erst im Jahr 2019 damit beginnen, ihre Leitzinsen anzuheben. Auch in Japan wird der Leitzins im Jahr 2018 bei 0% bleiben.

In allen großen weltwirtschaftlichen Zentren sind die konjunkturellen Aussichten für dieses Jahr also günstig. Der Aufschwung in den USA wird sich im Jahr 2018 wohl noch einmal verstärken, denn besonders die Investitionen werden von der Steuerreform stark angeregt. Erst im kommenden Jahr, wenn die wirtschaftspolitischen Impulse schwächer und Produktionskapazitäten ausgeschöpft sind, dürfte sich die US-Konjunktur merklich abschwächen. Die chinesische Wirtschaft hat sich im vergangenen Jahr robuster gezeigt, als viele Prognostiker vermutet hatten. Frühindikatoren deuten darauf hin, dass die Wachstumsdynamik in China im Jahr 2018 nur wenig nachlassen wird. Für eine Fortsetzung des Aufschwungs im Euroraum sprechen neben den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen besonders die recht hohe und stabile Beschäftigungsdynamik. Erst im Jahr 2019 dürfte die Produktion im Euroraum etwas langsamer zulegen (vgl. Tabelle A2). Alles in allem expandiert die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2018 um 3,3% und im Jahr 2019 um 3,1% (vgl. Tabelle A1).[2]

Diese Zahlen liegen etwas über denen des Ende 2017 veröffentlichten IWH-Jahresausblicks 2018.[3] Das liegt an den guten Frühindikatoren, aber auch an den finanzpolitischen Entscheidungen in den USA. Zugleich bringen diese aber erhebliche mittel- bis langfristige Risiken mit sich, denn falls die Steuerreform das Potenzialwachstum in den USA nicht deutlich erhöht, werden Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen die Schuldenlast des Staatshaushalts in den USA erheblich anschwellen lassen.[4] In einer künftigen Rezession oder Finanzkrise hätten die USA finanzpolitisch viel weniger Spielraum als in der Großen Rezession in den Jahren 2008/2009. Die damit verbundenen Risiken könnten auch schon negative Effekte in diesem und im kommenden Jahr haben, falls nämlich das Vertrauen in die makroökonomische Stabilität der weltgrößten Volkswirtschaft schon kurzfristig bröckeln sollte. In diesem Fall wären starke Wechselkursschwankungen und noch deutlichere Leitzinserhöhungen in den USA zu erwarten. Dazu könnte es auch kommen, wenn eine Überauslastung der Kapazitäten die Inflation doch schneller anziehen lässt als vermutet. Höhere Zinsen und gestiegene Unsicherheit könnten ein rasches Aus für den gerade in Gang gekommenen Investitionsaufschwung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften bedeuten.

---

2 Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2016 auf der Basis von Marktwechselkursen gewichtet wurden. Bei Gewichtung mit Kaufkraftparitäten ergeben sich Zuwächse von 3,8% für 2018 und 3,7% für 2019.

3 Vgl. *Hans-Ulrich Brautzsch, João Carlos Claudio, Andrej Drygalla, Franziska Exß, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Martina Kämpfe, Axel Lindner, Oliver Rehbein, Jan-Christopher Scherer, Birgit Schultz, Matthias Wieschemeyer, Götz Zeddies:* Aufschwung in Deutschland und in der Welt, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 5 (5), 2017.

4 So schätzt etwa das Tax Policy Center, dass die Steuerreform die öffentliche Verschuldung in den USA bis zum Jahr 2027 um etwa 1,5 Billionen Dollar erhöhen wird. Dies entspräche einem Anstieg der öffentlichen Verschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 um 5,5 Prozentpunkte. Die gegenwärtige Schuldenquote beträgt 108%. Vgl. Page, Rosenberg, Nunns, Rohaly, Berger: Macroeconomic analysis of the tax cuts and jobs act, Dezember 2017.

Auch das zweite erhebliche Risiko für die Weltkonjunktur geht von der US-Wirtschaftspolitik aus: Anfang März unterzeichnete der Präsident der Vereinigten Staaten einen Erlass über Einfuhrzölle für Stahl und Aluminium. Über Gegenmaßnahmen der Europäischen Union, von China oder anderer besonders betroffener Länder könnte sich eine protektionistische Spirale entwickeln, welche die Aussichten für den internationalen Handel massiv verschlechtern würde, zumal wenn dabei der ordnungspolitische Rahmen des Welthandels, die Welthandelsorganisation (WTO), dauerhaften Schaden nähme.

Kasten 1

Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Prognosen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2018 bei 65 und im Jahr 2019 bei 70 US-Dollar pro Barrel.[K1] Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2019 bei 1,24 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist aufgrund der Aufwertung des Euro im Prognosezeitraum etwa 3% niedriger als im Jahr 2017 und damit in etwa so hoch wie im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2014. Gegenüber dem übrigen Euroraum bleibt sie in etwa konstant. Der Welthandel wird in den Jahren 2018 und 2019 um 4,2 bzw. 3,3% zunehmen. Die EZB wird ihre monatlichen Wertpapierkäufe im letzten Quartal des Jahres 2018 auslaufen lassen. Im Frühjahr 2019 erhöht sie ihren Hauptrefinanzierungssatz auf 0,25%. Die monetären Rahmenbedingungen bleiben für die deutsche Wirtschaft günstig.

Legt man den gesetzlichen Status quo zugrunde, ist die Finanzpolitik im laufenden Jahr nur leicht expansiv ausgerichtet. Impulse liefern vor allem die Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag sowie die weitere Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer. Zudem gehen von der Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung und der Verringerung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung Entlastungen aus. Alles in allem beläuft sich der finanzpolitische Impuls aus den bereits beschlossenen diskretionären Maßnahmen im Jahr 2018 auf 0,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der Koalitionsvertrag vom Februar 2018 sieht jedoch eine Vielzahl zusätzlicher expansiver Maßnahmen vor, die in dieser Prognose bereits berücksichtigt sind. Allerdings wird unterstellt, dass der Großteil der Maßnahmen erst im Jahr 2019 umgesetzt bzw. anlaufen wird. Für das laufende Jahr wird lediglich von der Aufstockung der Altersrente für Erziehungszeiten für vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder (Mütterrente) sowie von geringfügigen Mehrausgaben für investive Maßnahmen ausgegangen (vgl. Tabelle Online-A9). Werden die zusätzlichen Maßnahmen durch die neue Bundesregierung wie hier unterstellt umgesetzt, beläuft sich der finanzpolitische Impuls im Jahr 2018 auf 0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2019 wäre die Finanzpolitik nach der derzeitigen Gesetzeslage nahezu konjunkturneutral ausgerichtet. Stimulierend wirken jedoch die expansiven Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag. Die umfangreichsten Impulse dürften im Jahr 2019 von der hier unterstellten Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019, der spürbaren Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer sowie den zusätzlichen investiven Mehrausgaben, etwa dem schnelleren Breitbandausbau oder dem Digitalpakt für Schulen, ausgehen. Alles in allem beläuft sich der expansive finanzpolitische Impuls im Jahr 2019 auf 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

K1 Die Setzungen für den Ölpreis ergeben sich aus der Prognose seiner nachfrageseitigen Determinanten. Vgl. Zur Endogenisierung des Ölpreises in der vorliegenden Prognose: Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Robuste Binnenkonjunktur kompensiert schwächere Exportdynamik, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 3 (5), 2015, 188-189.

Deutschland in der Hochkonjunktur

Die deutsche Wirtschaft hat im Jahr 2017 um 2,2% expandiert (vgl. Tabelle 1). Die Produktion legte deutlich schneller zu als die Produktionskapazitäten, welche zurzeit mit etwa 1,7% pro Jahr wachsen dürften. Die Beschäftigung stieg dabei um etwa 1½%, und die verfügbaren Einkommen legten, auch in realer Rechnung, deutlich zu. Auch im Winter 2017/2018 dürfte sich der Aufschwung kaum verlangsamt haben, er geht damit in sein fünftes Jahr.

Eine wichtige Ursache des langjährigen Aufschwungs sind die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen. Seit der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum in den Jahren 2011 und 2012 gehen von der Geldpolitik stimulierende Impulse auf die deutsche Konjunktur aus. Seit Herbst 2016 ist allerdings auch der restliche Euroraum im Aufschwung, und der Welthandel hat deutlich angezogen, wovon die deutsche Exportwirtschaft in erheblichem Maß profitiert. Im zweiten Halbjahr 2017 wurde der Produktionsanstieg in Deutschland ganz überwiegend für höhere Ausfuhren, vor allem in den restlichen Euroraum und in die USA, verwendet.

Tabelle 1
Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts[a]
in Prozentpunkten

	2016	2017	2018	2019
Konsumausgaben	1,8	1,3	0,9	1,2
private Konsumausgaben	1,1	1,0	0,6	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,3	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	0,7	0,6	0,5
Ausrüstungen	0,1	0,3	0,4	0,2
Bauten	0,3	0,3	0,1	0,2
sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	–0,2	0,1	0,4	0,0
inländische Verwendung	2,2	2,0	1,9	1,7
Außenbeitrag	–0,3	0,2	0,3	0,0
Exporte	1,2	2,2	3,6	3,2
Importe	–1,5	–2,0	–3,3	–3,2
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,2	2,2	1,6

[a] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 und 2019: Prognose des IWH.

Für eine Fortsetzung des Aufschwungs in Deutschland spricht das sehr hohe Niveau der Stimmungsindikatoren für private Haushalte und Unternehmen. Allerdings haben die Unternehmen ihre Aussichten im Januar und vor allem im Februar sehr viel vorsichtiger beurteilt als zuvor. Ein Grund dafür könnten der Anstieg der internationalen Kapitalmarktzinsen sowie die erhöhte Unsicherheit auf den internationalen Finanzmärkten sein. Allerdings sind die Kapitalmarktzinsen (mit 0,6% für zehnjährige deutsche Staatstitel) immer noch ausgesprochen niedrig und Risikoprämien für Wertpapiere von Emittenten geringerer Bonität kaum gestiegen. Weil die Europäische Zentralbank (EZB) nur vorsichtig den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik zurückfahren dürfte und wohl erst im Jahr 2019 beginnen wird, ihre Zinsen anzuheben, werden die Finanzierungskonditionen günstig bleiben, wenn auch in langsam abnehmendem Maß. Auch geht die erhöhte Unsicherheit auf den Finanzmärkten nicht auf eingetrübte Aussichten für die internationale Konjunktur, sondern – eher im Gegenteil – auf Sorgen um inflationäre Effekte der expansiven US-Finanzpolitik zurück.

Zweifelhaft ist allerdings, ob die deutsche Wirtschaft über die Kapazitäten verfügt, um noch lange im Tempo des Jahres 2017 zu expandieren. Zwar ist gegenwärtig die Preisdynamik noch mäßig, sie zieht aber an: Die Kernrate der Verbraucherpreisinflation (also der Inflation für einen Warenkorb ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) ist im Lauf des Jahres 2017 von reichlich 1% auf gut 1½% gestiegen. Dass schon gegenwärtig deutlich mehr produziert werden könnte, wenn Kapazitäten vorhanden wären, darauf deutet die Zahl an offenen Stellen hin, welche seit über drei Jahren gestiegen ist und mittlerweile laut IAB-Stellenerhebung mit knapp 1,2 Millionen ein Rekordhoch erreicht hat. Die Tariflöhne dürften im Jahr 2018 um

2½% und damit deutlich rascher steigen als im Jahr 2017. Die Effektivlöhne werden mit 2¾% steigen.[5] Die Lohndynamik ist etwas höher als im übrigen Euroraum. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird dadurch ein wenig verringert. Etwas stärker ins Gewicht fällt der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Aufwertung des Euro (vor allem gegenüber dem US-Dollar) im Lauf des Jahres 2017.

Dass nicht beliebig über die Normalauslastung hinaus produziert werden kann, zeigt sich bereits in der Bauwirtschaft: die Bauproduktion hat in den Jahren 2016 und 2017 mit jeweils reichlich 2½% sehr deutlich zugelegt, sie hat einen hohen Bestand an Aufträgen abzuarbeiten. Wegen der hohen Auslastung steigen die Preise stark; der Deflator der Bauproduktion lag im vierten Quartal knapp 4% höher als im Vorjahreszeitraum. Dennoch konnte die Produktion im zweiten Halbjahr 2017 nicht weiter erhöht werden, sie ist sogar in beiden Quartalen leicht gesunken. In anderen Wirtschaftszweigen sind die Kapazitätsprobleme zwar weniger drängend. Insgesamt dürfte aber die Überauslastung der Wirtschaft im Jahr 2018 (vgl. Abbildung K2 in Kasten 2) dazu führen, dass die Produktion in den Jahren 2018 und 2019 auch bei kräftiger Nachfrageentwicklung etwas langsamer expandiert als im vergangenen Jahr. Die Erhöhung des Expansionsgrades der Finanzpolitik wirkt dabei prozyklisch.

Kasten 2:

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH wendet zur Bestimmung des Produktionspotenzials die Methode an, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Auf Grundlage der Schätzung des potenziellen Arbeitsvolumens, des Kapitalstocks und des trendmäßigen Verlaufs der Produktivität ergibt sich für den Zeitraum von 2017 bis 2022 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 1,6% (vgl. Tabelle K2).

Tabelle K2:

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent[a]

	1995-2017[b]		1995-2017		2017-2022	
Produktionspotenzial	1,4		1,4		1,6	
Kapitalstock	1,6	(0,6)	1,6	(0,6)	1,3	(0,5)
Totale Faktorproduktivität	0,7	(0,7)	0,8	(0,8)	0,8	(0,8)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,1)	0,1	(0,1)	0,5	(0,3)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,0	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,5	
Erwerbsquote	0,2		0,2		0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	–0,5		–0,5		0,0	
Nachrichtlich:						
Arbeitsproduktivität	1,3		1,3		1,1	

[a] Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – [b] Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die jährliche Zuwachsrate des potenziellen Arbeitsvolumens wird im Laufe des Projektionszeitraums von 0,8% im Jahr 2018 auf 0,2% im Jahr 2022 spürbar abnehmen. Dieser Schätzung liegen folgende Projektionen zu Grunde: Unter der Annahme rückläufiger Fluchtmigration und einer sich leicht abschwächenden Zuwanderung wird mit einer Verringerung des Wanderungssaldos von 390 000 Personen im Jahr 2017 auf 200 000 Personen im Jahr 2022 gerechnet. Aufgrund der gesamtdemografischen Entwicklung wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-74 Jahre) mit 62,3 Mio. Personen im

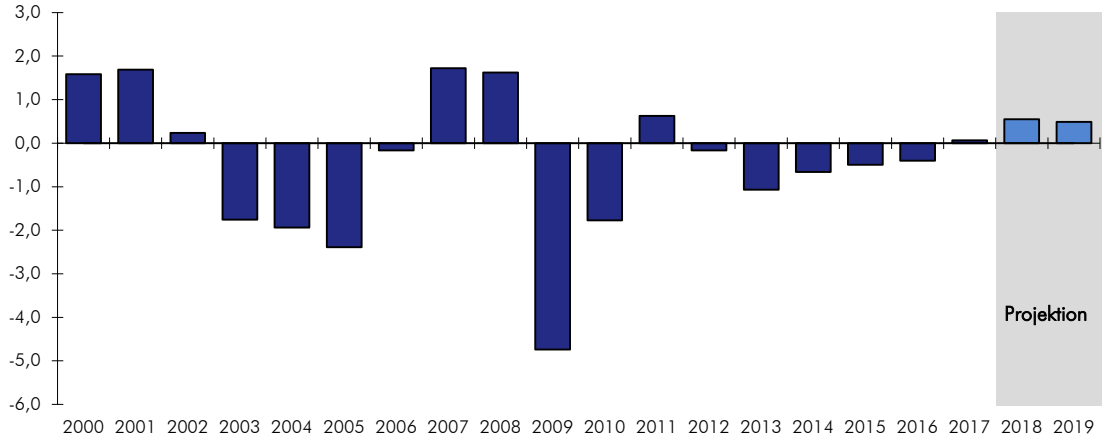
[5] So wurden im dem jüngsten Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie kräftige Lohnerhöhungen vereinbart. Im Jahr 2018 führen diese in dieser Branche zu einer Tariflohnerhöhung von durchschnittlich 4,0%, im Jahr danach zu einem Plus von etwa 3,7%.

Jahr 2022 in etwa auf dem heutigen Niveau liegen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird vor dem Hintergrund einer nach wie vor zunehmenden Erwerbsbeteiligung insbesondere älterer Frauen und einer steigenden Erwerbsbeteiligung von Geflüchteten von durchschnittlich 74,2% im Jahr 2018 auf 75,4% im Jahr 2022 weiter steigen. Ausgehend von einer Verfestigung der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt in der kurzen Frist, wird ein anhaltender Rückgang der strukturellen Erwerbslosenquote von 3,2% im Jahre 2018 auf 3,0% im Jahr 2022 geschätzt.

Abbildung K2:

Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Das jährliche Trendwachstum der totalen Faktorproduktivität wird im Projektionszeitraum durchschnittlich 0,8% betragen. Der Kapitalstock dürfte um durchschnittlich 1,3% pro Jahr ausgeweitet werden. Die Produktionslücke steigt in den Jahren 2017 und 2018 von 0,1% auf 0,6% an. Für das Jahr 2019 wird ein leichter Rückgang auf 0,5% erwartet (vgl. Abbildung K2).

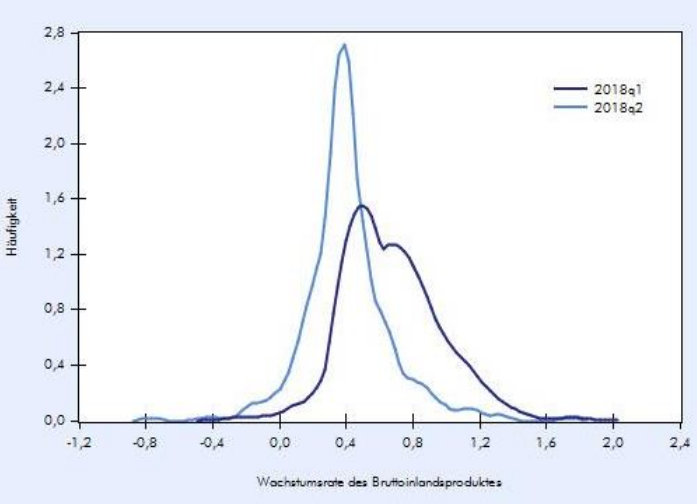
Frühindikatoren wie etwa Auftragseingänge und Geschäftserwartungen deuten bereits auf eine Verlangsamung hin. Nach dem IWH-Flash-Indikator dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der ersten Jahreshälfte 2018 aufs Jahr hochgerechnet dennoch um deutlich über 2% expandieren (vgl. Abbildung 2).[6]

Im Verlauf des Jahres 2018 dürfte das hohe Expansionstempo aus den oben diskutierten Gründen etwas nachlassen (vgl. Abbildung 3). So verlieren die Anlageinvestitionen etwas an Schwung, weil die Bautätigkeit deutlich schwächer zunimmt als im Jahr 2017. Dies wird nur zum Teil dadurch aufgewogen, dass Kapazitätsengpässe die Unternehmen veranlassen dürften, vermehrt in Ausrüstungen zu investieren. Weil ein recht hoher Anteil der Ausrüstungen importiert wird, dürften die Importe noch einmal deutlich stärker zunehmen als im Jahr 2017. Dazu trägt auch die jüngste Euroaufwertung bei. Wegen der guten Weltkonjunktur legen aber auch die Exporte im Jahr 2018 kräftig zu. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2018 um 2,2% expandieren, im Jahr 2019 um 1,6%. Für das Jahr 2018 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 1,6% bis 2,8%, für das Jahr 2019 von -0,2% bis 3,5%.[7]

6 Vgl. Heinisch, K.: IWH-Flash-Indikator I. Quartal und II. Quartal 2018, Ende des konjunkturellen Aufschwungs in Deutschland vorerst nicht in Sicht.

7 Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Expansionsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d.h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Abbildung 2
Einzelindikatorprognosen für das erste Halbjahr 2018
Verteilung nach Wachstumsraten



Quellen: Statistisches Bundesamt; IWH-Flash-Indikator vom 19.02.2018.

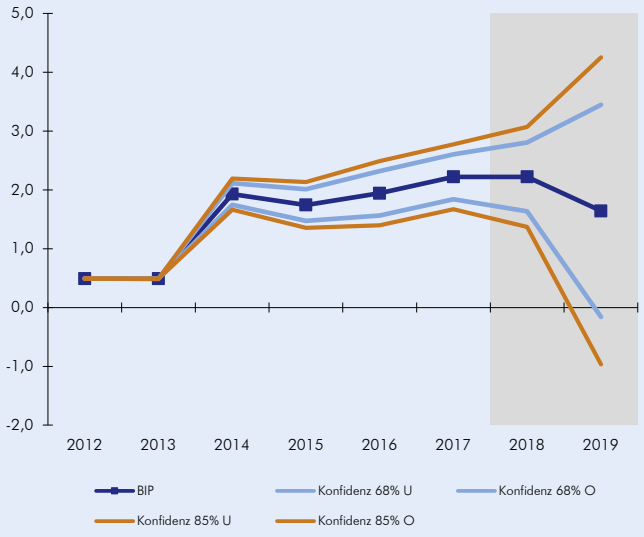
Die Verbraucherpreise erhöhen sich im Jahr 2018 um 1,5% und im Jahr darauf um 1,7%. Die Energiepreise steigen aufgrund des zunehmenden Ölpreises, aber nur moderat. Die Aufwertung des Euro im Lauf des Jahres 2017 wirkt dabei dämpfend.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter ausgesprochen günstig. Die Zahl der Erwerbstätigen und das Arbeitsvolumen nahmen im zweiten Halbjahr 2017 kräftig zu. Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau erneut von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die geringfügige Beschäftigung ging weiter zurück. Dies deutet darauf hin, dass sich die durch die Einführung des Mindestlohns bedingte Umstrukturierung in diesem Beschäftigungssegment fortsetzt. Auch die Zahl der Selbstständigen nahm weiter ab.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ging im vierten Quartal 2017 um 55 000 Personen gegenüber dem Vorquartal zurück. Dieser Rückgang war damit erneut deutlich geringer als der Beschäftigungsaufbau. Dies ist zum einen dadurch bedingt, dass infolge der hohen Nettozuwanderung das Erwerbspersonenpotenzial weiter gestiegen ist. Zum anderen hat die Erwerbsbeteiligung vor allem von Frauen und älteren Personen weiter zugenommen. Die insgesamt sehr positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich bis zuletzt fortgesetzt. So stieg saisonbereinigt die Erwerbstätigkeit zu Beginn des Jahres 2018 erneut kräftig, und die Arbeitslosigkeit ging in den ersten beiden Monaten des Jahres 2018 weiter zurück.

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich wegen der kräftigen Expansion der Produktion weiter fortsetzen. Dafür sprechen auch der hohe Bestand an offenen Stellen sowie das ifo Beschäftigungsbarometer. Auch die Komponente Erwerbstätigkeit des IAB-Arbeitsmarktbarometers zeigt einen weiteren sehr starken Anstieg der Erwerbstätigkeit an. Eine wichtige Rolle für den anhaltend kräftigen Beschäftigungsaufbau spielt auch die zuwanderungsbedingte Ausweitung des Arbeitsangebots. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2018 wohl um 1,4% und im Folgejahr um 0,9% zunehmen. Die Arbeitslosigkeit dürfte auch im Verlauf des Jahres 2018 weiter sinken.[8]

Abbildung 3
Prognoseunsicherheit[1]
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



[1] Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

[8] Dazu dürfte auch beitragen, dass die Koalitionspartner vereinbart haben, zusätzlich 4 Milliarden Euro für neue Chancen in einem sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose bereitzustellen.

Zwar wird die Zahl der arbeitslos registrierten Flüchtlinge zunehmen (vgl. KASTEN 3). Allerdings wird dies durch den anhaltend starken Rückgang der einheimischen Arbeitslosen mehr als kompensiert. Die Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt des Jahres 2018 bei 5,2% und im Jahr 2019 bei 4,8% liegen. Das Erwerbspersonenpotenzial wird im Prognosezeitraum weiter zunehmen.

Bei der Prognose muss beachtet werden, dass sowohl die registrierte Arbeitslosigkeit als auch die Erwerbstätigkeit maßgeblich von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beeinflusst werden. Sollten Asylbewerber noch stärker als bisher durch derartige Maßnahmen gefördert werden, wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit noch kräftiger ausfallen, da Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht zu den registrierten Arbeitslosen zählen. Zudem zählen Teilnehmer in einigen Maßnahmen wie beispielsweise Ein-Euro-Jobs als Erwerbstätige, sodass derartige Maßnahmen auch die Zahl der Erwerbstätigen beeinflussen.

Kasten 3:

Zum Einfluss der Fluchtmigration auf den deutschen Arbeitsmarkt

Die Fluchtmigration hat den deutschen Arbeitsmarkt bisher noch nicht gravierend beeinflusst. Die Zahl der arbeitslosen Personen im Kontext von Fluchtmigration[K2] betrug im November 2017 175 000 Personen und überstieg damit um 15 000 Personen den Vorjahreswert (vgl. Tabelle K3).[K3] Der Anteil dieser Personengruppe an der gesamten Arbeitslosenzahl lag bei 7,4%. Stärker als die Arbeitslosigkeit stieg die Unterbeschäftigung (+68 000). Damit war jeder achte Unterbeschäftigte in Deutschland eine Person im Kontext von Fluchtmigration. Der Anteil der registrierten Arbeitslosen an den unterbeschäftigten Personen im Kontext von Fluchtmigration betrug im November 2017 42,1%, während er im gesamtdeutschen Durchschnitt bei 70,5% lag.

Tabelle K3:

Personen im Kontext von Fluchtmigration: Anteile an ausgewählten Arbeitsmarktindikatoren

Tausend Personen

	November 2016	November 2017	Veränderung	Anteil am gesamtdeutschen Wert (Nov.17)
	1 000 Personen			%
Arbeitssuchende[a]	406	488	82	10,7
Arbeitslose[a]	160	175	15	7,4
SGB II	129	157	28	9,9
SGB III	31	18	–13	2,3
Unterbeschäftigte[b]	348	416	68	12,4
Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen[b]	81	76	–5	8,5
darunter:				
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	235		52	22,2
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	105		4	3,6
Fremdförderung				
Nachrichtlich:				
Bevölkerung[a]	1 412	1 518	106	1,8
Beschäftigte[a,b]	176	273	97	0,7
	%			
Arbeitslosenquote[a,b,c]	49,4	40,5		

[a] Nichteuropäische Asylherkunftsländer: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien. – [b] Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ausschließlich geringfügig Beschäftigte. – [c] Anteil der Arbeitslosen an der Summe von Beschäftigten (sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie ausschließlich geringfügig Beschäftigten) und Arbeitslosen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; H. Brücker, A. Hauptmann, S. Sirries: Zuwanderungsmonitor, Dez. 2017; Darstellung des IWH.

Durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wurden im August 2017 76 000 Personen im Kontext von Fluchtmigration gefördert. Dieser Personenkreis hatte einen Anteil von 8,5% am gesamtdeutschen Wert. Erheblich höher ist das Gewicht der sogenannten „Fremdförderung“, zu der Integrationskurse sowie berufsspezifische Sprachkurse gehören. Im November 2017 wurden durch diese Maßnahmen

192 000 Personen im Kontext von Fluchtmigration gefördert. Dies waren 67,6% aller derartig geförderten Personen.

Für Personen im Kontext von Fluchtmigration liegen keine Angaben zur Beschäftigung vor. Allerdings kann aus der Zahl der beschäftigten Personen[K4] mit einer Staatsangehörigkeit aus den acht zugangsstärksten Asylherkunftsländern [K5] der Einfluss der Fluchtmigration auf die Beschäftigung abgeschätzt werden. [K6] Im November 2017 waren aus diesen Ländern 273 000 Personen beschäftigt. Dies waren 97 000 Personen mehr als im Jahr zuvor. Der Anteil der Beschäftigten aus diesen Ländern an den Beschäftigten insgesamt betrug 0,7%. Die Arbeitslosenquote [K7] der Personen mit einer Staatsangehörigkeit aus den acht zugangsstärksten Asylherkunftsländern sank infolge des starken Anstiegs der Beschäftigung von 49,4% im November 2016 auf 40,5% im November 2017.

K2 Dazu zählen Asylbewerber, anerkannte Schutzberechtigte sowie geduldete Ausländer. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarktstatistiken – Erste Ergebnisse, Nürnberg, Juni 2016, 4.

K3 Der Vergleichszeitraum von November 2016 und November 2017 wurde gewählt, weil nur für diesen Zeitraum für alle hier dargestellten Indikatoren Daten vorliegen.

K4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie ausschließlich geringfügig Beschäftigte.

K5 Zu den acht zugangsstärksten Asylherkunftsländern gehören: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Hintergrundinformation: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, Nürnberg, November 2017.

K6 Dabei wird unterstellt, dass Veränderungen in der Zahl der Beschäftigten aus diesen acht Asylherkunftsländern „plausibel im Zusammenhang mit der aktuellen Migration" gesehen werden können. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Geflüchtete Menschen …, a. a. O., 8.

K6 Vgl. Tabelle K3, Fußnote c.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte im laufenden Jahr, ausgehend von einem Finanzierungsüberschuss von 36,6 Mrd. Euro im Jahr 2017, geringfügig über dem Vorjahresniveau liegen. Diese Zunahme geht jedoch allein auf einen Sondereffekt im Vorjahr zurück, der im laufenden Jahr entfällt: Die Erstattung der Kernbrennstoffsteuer, die den Haushaltüberschuss im Jahr 2017 um über 7 Mrd. Euro reduziert hat. Ohne diesen Sondereffekt würde sich der Finanzierungssaldo des Staates, auch aufgrund der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik, verringern. So werden die Einnahmen des Staates im laufenden Jahr schwächer zunehmen als zuletzt. Zwar expandieren die Unternehmensgewinne etwas beschleunigt, und auch die Bruttolöhne und -gehälter nehmen mit einer nahezu ähnlich hohen Rate zu wie im Vorjahr. Gleichwohl dürften die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen verlangsamt expandieren, weil bei den Steuern insbesondere die Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag sowie die weitere Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer und bei den Sozialbeiträgen die Verringerung des kumulierten Beitragssatzes einnahmedämpfend wirken. Dagegen legen die öffentlichen Ausgaben mit einer ähnlichen Rate zu wie im Vorjahr, obgleich der Effekt aus der Erstattung der Kernbrennstoffsteuer, der die staatlichen Ausgaben im Vorjahr deutlich erhöht hat, in diesem Jahr entfällt. Aufgrund der guten Finanzlage des Staates und der Mehrausgaben im Rahmen diverser zusätzlicher investiver Maßnahmen wird die Dynamik bei den öffentlichen Investitionen aber hoch bleiben. Auch der Staatsverbrauch dürfte im Jahr 2018 erneut spürbar zulegen. Schließlich dürften die Abführungen an die EU, die im Jahr 2017 aufgrund der Erstattung von Mehrwertsteuereigenmitteln zurückgegangen sind, im laufenden Jahr spürbar zulegen. Bei den monetären Sozialleistungen wird der Ausgabeanstieg zwar durch die weiterhin rückläufige Zahl der Arbeitslosen gedämpft. Dem stehen jedoch Mehrausgaben durch die hier unterstellte Aufstockung der Mütterrente gegenüber. Alles in allem beläuft sich der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss im Jahr 2018 auf 1,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; der strukturelle Budgetsaldo beträgt 0,8% (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Milliarden Euro

	2016	2017	2018	2019
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	25,7	36,6	37,5	21,9
– Konjunkturkomponente[a]	–7,0	1,2	10,2	9,5
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	32,6	35,4	27,2	12,4
– Einmaleffekte[b]	–3,1	–7,3	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	35,7	42,7	27,2	12,5
+ Zinsausgaben des Staates	41,6	38,9	37,7	37,5
= Struktureller Primärsaldo	77,3	81,6	64,9	50,0
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	3,2	4,3	–16,7	–14,9
Nachrichtlich:	*In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent*			
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	1,3	0,8	0,4
Struktureller Primärsaldo	2,5	2,6	2,0	1,5
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,1	0,1	–0,5	–0,4

[a] Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,55. – [b] Übernahme von Portfolios der HSH Nordbank, Gerichtsurteile.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Im kommenden Jahr wird der Überschuss der öffentlichen Haushalte aufgrund der verstärkt expansiv ausgerichteten Finanzpolitik deutlich zurückgehen. Die öffentlichen Einnahmen werden deutlich verhaltener zulegen als in den vergangenen Jahren. Bei den Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen macht sich zum einen die verlangsamt expandierende Lohnsumme bemerkbar, zum anderen wirken insbesondere die in dieser Prognose unterstellten Erhöhungen von Grund- und Kinderfreibetrag bei der Einkommensteuer sowie die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung einnahmemindernd. Die gesamtstaatlichen Ausgaben dürften dagegen beschleunigt zulegen. Insbesondere die monetären Sozialleistungen werden, trotz einer weiter rückläufigen Zahl der Arbeitslosen, spürbar ausgeweitet. Dies geht auf deutliche Mehrausgaben durch die unterstellte Einführung der Grundrente zum 1. Juli 2019, die erstmals ganzjährig wirkende Aufstockung der Mütterrente, die deutliche Anhebung des Kindergeldes sowie die Ausweitung weiterer monetärer Transfers, etwa des BAföG, zurück. Auch die staatlichen Vorleistungskäufe sowie die öffentlichen Investitionen werden mit den allmählich anlaufenden Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag erneut spürbar ausgeweitet. Die Zinsausgaben des Staates dürften, anders als in den vergangenen Jahren, im Jahr 2019 kaum mehr zurückgehen, und die geleisteten Vermögenstransfers werden wieder leicht zunehmen. Alles in allem beläuft sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2019 auf 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; der strukturelle Budgetsaldo sinkt auf 0,4%.

Die Ostdeutsche Wirtschaft hat im Jahr 2017 von der kräftigen Auslandskonjunktur wohl nicht in dem Ausmaß wie die westdeutsche profitiert. Das legt die geringere Dynamik der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland nahe. Gegen Ende des Jahres sind hier aber Auftragseingänge und Umsätze deutlich gestiegen. Für eine recht gute Konjunktur auch in Ostdeutschland spricht zudem, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis zuletzt mit einer Jahresrate von reichlich 2% und damit trotz schlechterer demographischer Bedingungen fast so schnell wie in Westdeutschland expandierte. Die Produktion in Ostdeutschland dürfte im Jahr 2017 um 1,9% expandiert haben, im Jahr 2018 dürfte die Zunahme 2,0% betragen. Die Arbeitslosenquote sinkt weiter deutlich. Sie dürfte im Jahresdurchschnitt 2018 bei 7,1% liegen.

Anhang[9]

Tabelle A 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Verbraucherpreise Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Arbeitslosenquote in %		
		2017	2018	2019	2017	2018	2019	2017	2018	2019
Europa	29,4	2,6	2,3	1,9	2,3	2,1	2,1			
EU 28	24,6	2,5	2,3	1,9	1,7	1,7	1,8	7,7	7,1	6,8
Schweiz	1,0	1,1	1,9	1,6	0,5	0,5	0,9	4,8	4,6	4,4
Norwegen	0,6	1,8	1,8	1,8	2,1	1,8	1,9	4,2	3,6	3,5
Türkei	1,3	6,8	3,6	3,4	10,9	9,0	7,5			
Russland	1,9	1,5	1,6	1,9	4,2	3,6	3,5			
Amerika	36,4	2,1	2,7	2,5						
USA	27,8	2,3	2,9	2,6	2,1	2,3	2,3	4,4	4,1	4,0
Kanada	2,3	3,0	2,3	2,2	1,6	2,2	2,0	6,3	5,9	6,1
Lateinamerika[1]	6,2	0,8	1,7	2,4						
Asien	34,3	5,2	4,9	4,7						
Japan	7,4	1,7	1,4	1,1	0,4	1,2	1,2	2,8	2,7	2,7
China ohne Hongkong	16,8	6,9	6,6	6,2						
Südkorea	2,1	3,1	2,4	2,5	1,9	1,6	1,8	3,7	3,6	3,6
Indien	3,4	6,7	6,8	7,1						
Ostasien ohne China[2]	4,6	4,2	4,2	4,4						
Insgesamt[3]	100,0	3,3	3,3	3,1						
fortgeschrittene Volkswirtschaften[4]	67,5	2,3	2,5	2,1	1,7	2,0	2,0	5,6	5,1	5,0
Schwellenländer[5]	32,6	5,2	5,1	5,1						
nachrichtlich:										
Exportgewichtet[6]	–	2,8	2,7	2,4						
gewichtet nach Kaufkraftparitäten[7]	–	3,8	3,8	3,7						
Welthandel[8]	–	4,5	4,2	3,3						

[1] Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2016 in US-Dollar. in US-Dollar.
[2] Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2016 in US-Dollar.
[3] Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2016 in US-Dollar.
[4] EU 28, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.
[5] Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.
[6] Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2016.
[7] Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, April 2017.
[8] Realer Güterhandel. Wert für 2017 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; Prognose des IWH.

9 Weitere Tabellen und Abbildungen sind im ergänzenden Online-Anhang zu finden.

Tabelle A 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP)	Bruttoinlandsprodukt[1]			Verbraucherpreise[2]			Arbeitslosenquote[3]		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	in %	2017	2018	2019	2017	2018	2019	2017	2018	2019
Deutschland	21,2	2,5	2,2	1,6	1,7	1,5	1,7	3,8	3,7	3,6
Frankreich	15,0	2,0	2,1	1,7	1,2	1,5	1,5	9,4	8,8	8,3
Italien	11,3	1,6	1,5	1,3	1,3	1,0	1,4	11,2	10,6	10,1
Spanien	7,5	3,1	2,9	2,4	2,0	1,4	1,6	17,2	16,1	15,5
Niederlande	4,7	3,3	2,9	2,0	1,3	1,5	1,7	4,9	4,0	3,6
Belgien	2,8	1,7	1,8	1,5	2,2	2,0	1,7	7,2	6,8	7,1
Österreich	2,4	3,2	2,5	1,6	2,2	2,0	1,9	5,5	5,2	5,0
Irland	1,9	6,8	6,1	3,2	0,3	1,1	1,3	6,7	5,4	4,5
Finnland	1,5	3,0	1,9	1,5	0,8	1,1	1,3	8,6	8,5	8,3
Portugal	1,2	2,7	2,1	1,5	1,6	1,5	1,8	9,0	7,4	6,9
Griechenland	1,2	1,3	1,7	2,0	1,1	1,1	1,3	21,5	18,5	16,5
Slowakei	0,5	3,4	3,5	3,6	1,4	2,1	2,3	8,1	7,2	7,0
Luxemburg	0,4	2,9	3,6	3,4	2,1	1,8	2,0	5,6	5,5	5,4
Slowenien	0,3	5,4	5,4	3,8	1,6	1,7	1,8	6,8	6,1	5,8
Litauen	0,3	3,9	2,9	2,3	3,7	2,9	2,7	7,1	6,4	6,6
Lettland	0,2	5,0	3,5	3,4	2,9	3,0	2,6	8,7	8,3	8,6
Estland	0,1	4,8	4,6	3,5	3,6	3,0	2,5	5,8	5,1	5,3
Zypern	0,1	3,9	4,1	3,7	0,7	1,3	1,6	11,1	10,0	9,3
Malta	0,1	6,6	4,9	3,3	1,2	1,8	2,1	4,0	3,7	4,0
Euroraum insgesamt	72,5	2,5	2,3	1,8	1,5	1,5	1,6	9,1	8,5	8,1
Euroraum ohne Deutschland	51,3	2,5	2,4	1,8	1,4	1,4	1,6	11,0	10,2	9,7
Großbritannien	16,0	1,8	1,6	1,6	2,7	2,5	2,2	4,3	4,4	4,4
Schweden	3,1	2,7	2,8	2,1	1,9	1,8	2,2	6,7	6,3	6,1
Polen	2,9	4,6	3,6	2,9	1,6	2,4	2,5	4,9	4,1	4,0
Dänemark	1,9	2,1	1,2	1,6	1,1	1,3	1,7	5,7	5,0	4,7
Tschechien	1,2	4,5	3,0	2,7	2,4	2,4	2,2	2,9	2,4	2,4
Rumänien	1,1	6,9	4,1	3,1	1,1	3,9	3,3	4,9	4,5	4,3
Ungarn	0,8	4,3	3,6	2,6	2,4	2,6	2,8	4,2	3,6	3,4
Bulgarien	0,3	3,7	3,4	3,0	1,2	2,0	2,1	6,3	5,7	5,6
Kroatien	0,3	3,1	3,0	2,8	1,3	1,6	1,8	11,0	9,0	8,5
MOE-Länder[4]	8,0	4,7	3,6	3,0	1,8	2,6	2,5	6,1	5,5	5,3
EU 28[5]	100,0	2,5	2,3	1,8	1,7	1,7	1,8	7,7	7,1	6,8

[1] Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.
[2] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
[3] Standardisiert.
[4] Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.
[5] Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2016 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2016.

Quellen: Eurostat; IWF; Prognose des IWH.

Tabelle A 3

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2016	2017	2018	2019
statistischer Überhang[a]	0,6	0,6	1,0	0,6
Jahresverlaufsrate[b]	1,9	2,9	1,9	1,6
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,9	2,5	2,2	1,7
Kalendereffekt[c]	0,1	–0,3	0,0	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich[d]	1,9	2,2	2,2	1,6

[a] Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [b] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [c] In % des realen BIP. – [d] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2018 und 2019: Prognose des IWH.

Tabelle A 4

Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2017

in Mrd. Euro

			gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	2 941,0	1 989,7	314,3	637,0	–
2	–	Abschreibungen	572,0	328,9	71,0	172,0	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2 369,0	1 660,8	243,3	465,0	–248,3
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 667,9	1 191,4	246,5	230,0	14,6
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,1	12,5	0,2	9,4	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	25,6	23,9	0,2	1,5	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	704,7	480,8	–3,2	227,1	–262,9
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 669,9	–	–	1669,9	12,5
9	–	geleistete Subventionen	27,6	–	27,6	–	5,2
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	344,7	–	344,7	–	6,9
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	718,3	654,4	38,9	25,0	172,6
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	778,1	359,6	16,9	401,6	112,8
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 751,5	186,1	291,8	2273,6	–308,4
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	413,3	89,2	–	324,0	9,8
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	422,6	–	422,6	–	0,4
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	670,4	–	–	670,4	4,2
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	671,7	122,8	548,1	0,8	2,9
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	571,4	65,0	505,5	0,8	0,5
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	564,3	–	–	564,3	7,5
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	340,6	185,6	75,3	79,8	58,2
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	291,1	157,1	22,4	111,6	107,7
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 705,5	126,2	704,1	1 875,2	–262,5
23	–	Konsumausgaben	2 373,6	–	638,7	1 735,0	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–49,6	–	49,6	–
25	=	Sparen	331,9	76,6	65,4	189,8	–262,5
26	–	geleistete Vermögenstransfers	63,1	11,9	41,9	9,4	3,0
27	+	empfangene Vermögenstransfers	56,5	30,1	10,8	15,5	9,6
28	–	Bruttoinvestitionen	641,4	369,9	70,3	201,3	–
29	+	Abschreibungen	572,0	328,9	71,0	172,0	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,1	–2,6	–1,4	0,9	3,1
31	=	Finanzierungssaldo	258,9	56,5	36,6	165,8	–258,9
		nachrichtlich:	–	–	–	–	–
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 705,5	126,2	704,1	1 875,2	–262,5
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	415,7	–	415,7	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	415,7	–	–	415,7	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 705,5	126,2	288,3	2 291,0	–262,5
36	–	Konsum[3]	2 373,6	–	222,9	2 150,7	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–49,6	–	49,6	–
38	=	Sparen	331,9	76,6	65,4	189,8	–262,5

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2018

in Mrd. Euro

			gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3 067,3	2 085,4	326,1	655,9	–
2	–	Abschreibungen	592,6	343,1	71,0	178,4	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2 474,7	1 742,3	255,0	477,4	–260,3
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 742,1	1 246,2	255,2	240,6	15,4
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,3	12,6	0,2	9,5	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	26,3	24,6	0,2	1,6	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	736,7	508,0	–0,2	228,9	–275,7
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 744,2	–	–	1 744,2	13,2
9	–	geleistete Subventionen	28,3	–	28,3	–	5,2
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	351,4	–	351,4	–	7,0
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	742,8	681,7	37,7	23,5	174,7
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	805,0	383,2	18,2	403,6	112,6
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 866,2	209,5	303,4	2 353,3	–322,8
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	432,0	93,9	–	338,1	10,1
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	441,6	–	441,6	–	0,4
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	695,7	–	–	695,7	4,3
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	697,0	126,8	569,4	0,8	3,1
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	588,8	65,3	522,7	0,8	0,5
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	581,6	–	–	581,6	7,7
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	351,4	185,4	83,2	82,7	59,0
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	301,1	165,6	22,0	113,5	109,2
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 819,6	157,3	730,5	1 931,8	–276,3
23	–	Konsumausgaben	2 450,4	–	667,5	1 782,9	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,1	–	50,1	–
25	=	Sparen	369,2	107,3	63,0	199,0	–276,3
26	–	geleistete Vermögenstransfers	60,3	17,4	33,8	9,1	1,8
27	+	empfangene Vermögenstransfers	53,9	27,5	10,6	15,9	8,2
28	–	Bruttoinvestitionen	685,6	399,7	74,7	211,1	–
29	+	Abschreibungen	592,6	343,1	71,0	178,4	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,1	–2,7	–1,4	1,0	3,1
31	=	Finanzierungssaldo	273,0	63,4	37,5	172,1	–273,0
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 819,6	157,3	730,5	1 931,8	–276,3
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	435,5	–	435,5	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	435,5	–	–	435,5	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 819,6	157,3	294,9	2 367,4	–276,3
36	–	Konsum[3]	2 450,4	–	232,0	2 218,4	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,1	–	50,1	–
38	=	Sparen	369,2	107,3	63,0	199,0	–276,3

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 und 2019: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2019

in Mrd. Euro

			gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3 182,3	2169,8	338,0	674,4	–
2	–	Abschreibungen	613,9	357,8	71,0	185,1	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2 568,3	1812,1	267,0	489,3	–266,0
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 811,8	1297,5	263,9	250,5	16,4
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,5	12,7	0,2	9,6	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	27,1	25,3	0,2	1,6	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	761,1	527,2	3,1	230,8	–282,4
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 814,2	–	–	1 814,2	14,0
9	–	geleistete Subventionen	29,1	–	29,1	–	5,2
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	360,6	–	360,6	–	7,0
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	760,7	701,0	37,5	22,1	174,5
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	824,9	402,7	18,2	404,0	110,2
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 971,1	228,9	315,3	2 427,0	–330,9
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	447,9	96,6	–	351,3	10,6
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	458,0	–	458,0	–	0,4
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	717,4	–	–	717,4	4,4
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	718,5	130,6	587,1	0,8	3,2
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	610,6	65,6	544,2	0,8	0,5
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	603,2	–	–	603,2	7,9
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	359,7	186,0	89,2	84,5	59,7
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	308,7	169,0	22,3	117,4	110,8
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 923,9	180,2	749,3	1 994,4	–283,7
23	–	Konsumausgaben	2 538,4	–	697,4	1 841,0	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,6	–	50,6	–
25	=	Sparen	385,5	129,7	51,9	204,0	–283,7
26	–	geleistete Vermögenstransfers	60,3	16,3	34,9	9,1	1,2
27	+	empfangene Vermögenstransfers	54,4	27,5	10,7	16,3	7,1
28	–	Bruttoinvestitionen	715,8	415,8	78,2	221,7	–
29	+	Abschreibungen	613,9	357,8	71,0	185,1	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,4	–3,1	–1,4	1,1	3,4
31	=	Finanzierungssaldo	281,1	85,9	21,9	173,4	–281,1
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 923,9	180,2	749,3	1994,4	–283,7
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	457,0	–	457,0	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	457,0	–	–	457,0	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 923,9	180,2	292,3	2451,4	–283,7
36	–	Konsum[3]	2 538,4	–	240,4	2298,0	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,6	–	50,6	–
38	=	Sparen	385,5	129,7	51,9	204,0	–283,7

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2018 und 2019: Prognose des IWH.

Tabelle A 5

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 und 2019

	2017	2018	2019	2018		2019	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	1,5	1,4	0,9	1,4	1,3	1,0	0,8
Arbeitsvolumen	1,1	1,3	0,8	1,3	1,4	0,9	0,7
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	–0,3	–0,1	–0,1	–0,2	0,0	–0,1	–0,2
Produktivität[1]	1,1	0,9	0,8	1,0	0,8	0,6	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,2	2,2	1,6	2,3	2,1	1,5	1,8
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 373,6	2 450,4	2 538,4	1 194,5	1 255,9	1 235,7	1 302,7
private Haushalte[2]	1 735,0	1 782,9	1 841,0	870,3	912,6	896,9	944,1
Staat	638,7	667,5	697,4	324,3	343,3	338,9	358,5
Anlageinvestitionen	662,7	695,6	726,5	334,9	360,7	349,3	377,2
Ausrüstungen	214,6	228,6	237,6	108,7	119,9	112,7	124,9
Bauten	322,7	336,4	353,0	162,4	174,0	170,1	182,9
sonstige Anlageinvestitionen	125,4	130,6	135,9	63,8	66,9	66,5	69,5
Vorratsveränderung[3]	–21,3	–10,1	–10,7	2,5	–12,6	3,3	–13,9
inländische Verwendung	3 015,0	3 136,0	3 254,2	1 532,0	1 604,0	1 588,3	1 665,9
Außenbeitrag	248,3	260,3	266,0	138,4	121,9	140,3	125,7
Exporte	1 542,1	1 678,6	1 806,2	825,8	852,8	884,9	921,2
Importe	1 293,7	1 418,3	1 540,1	687,5	730,8	744,6	795,5
Bruttoinlandsprodukt	3 263,4	3 396,3	3 520,2	1 670,3	1 725,9	1 728,6	1 791,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	3,7	3,2	3,6	3,0	3,5	3,4	3,7
private Haushalte[2]	3,6	2,8	3,3	2,4	3,1	3,1	3,5
Staat	3,8	4,5	4,5	4,6	4,4	4,5	4,4
Anlageinvestitionen	5,2	5,0	4,4	4,7	5,2	4,3	4,6
Ausrüstungen	4,3	6,5	3,9	6,8	6,2	3,7	4,2
Bauten	6,0	4,3	4,9	3,6	4,9	4,7	5,1
sonstige Anlageinvestitionen	4,8	4,2	4,1	4,0	4,3	4,2	3,9
Inländische Verwendung	4,2	4,0	3,8	3,9	4,2	3,7	3,9
Exporte	6,3	8,9	7,6	8,5	9,2	7,2	8,0
Importe	7,9	9,6	8,6	8,5	10,7	8,3	8,8
Bruttoinlandsprodukt	3,8	4,1	3,6	4,2	3,9	3,5	3,8
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	7,6	7,7	7,6	8,3	7,1	8,1	7,0
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 157,4	2 185,4	2 220,5	1 072,6	1 112,7	1 089,1	1 131,4
private Haushalte[2]	1 596,1	1 613,6	1 637,5	790,2	823,4	800,9	836,5
Staat	561,0	571,3	582,5	282,1	289,2	287,7	294,8
Anlageinvestitionen	590,9	607,8	623,7	293,2	314,6	300,3	323,3
Ausrüstungen	207,6	219,9	227,6	104,2	115,8	107,5	120,1
Bauten	270,9	273,4	278,8	132,7	140,6	135,1	143,7
sonstige Anlageinvestitionen	113,2	116,1	119,2	56,9	59,2	58,5	60,7
inländische Verwendung	2 716,3	2 773,0	2 824,7	1 366,4	1 406,6	1 391,0	1 433,6
Exporte	1 460,1	1 570,1	1 670,3	775,1	794,9	821,4	848,9
Importe	1 258,2	1 361,9	1 467,4	660,6	701,3	710,7	756,7
Bruttoinlandsprodukt	2 918,8	2 983,7	3 032,7	1 481,2	1 502,5	1 503,3	1 529,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,8	1,3	1,6	1,0	1,6	1,5	1,7
private Haushalte[2]	1,9	1,1	1,5	0,7	1,4	1,4	1,6
Staat	1,6	1,8	2,0	1,8	1,9	2,0	1,9
Anlageinvestitionen	3,3	2,9	2,6	2,5	3,2	2,4	2,8
Ausrüstungen	4,0	6,0	3,5	6,2	5,7	3,2	3,8
Bauten	2,6	0,9	2,0	0,1	1,7	1,7	2,2
sonstige Anlageinvestitionen	3,5	2,5	2,7	2,4	2,7	2,8	2,6
inländische Verwendung	2,2	2,1	1,9	1,9	2,3	1,8	1,9
Exporte	4,7	7,5	6,4	7,6	7,5	6,0	6,8
Importe	5,1	8,2	7,7	7,7	8,7	7,6	7,9
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,2	1,6	2,3	2,1	1,5	1,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 und 2019

	2017	2018	2019	2018		2019	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
private Konsumausgaben[2]	1,7	1,6	1,8	1,6	1,7	1,7	1,8
Konsumausgaben des Staates	2,1	2,6	2,5	2,8	2,5	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	1,9	2,1	1,8	2,2	2,0	1,8	1,7
Ausrüstungen	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4
Bauten	3,2	3,3	2,9	3,5	3,1	2,9	2,8
Exporte	1,6	1,2	1,1	0,8	1,6	1,1	1,2
Importe	2,6	1,3	0,8	0,7	1,8	0,7	0,9
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,8	2,0	1,9	1,8	2,0	2,0
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. EUR							
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2 273,6	2 353,3	2 427,0	1 157,1	1 196,2	1 192,0	1 234,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	299,6	312,5	327,3	151,2	161,2	158,7	168,6
Bruttolöhne und -gehälter	1370,3	1431,8	1486,9	682,5	749,3	710,0	776,9
übrige Primäreinkommen[4]	603,6	609,0	612,7	323,3	285,7	323,3	289,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	477,9	512,9	544,2	240,0	272,9	253,4	290,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 751,5	2 866,2	2 971,1	1 397,1	1 469,1	1 445,4	1 525,7
Abschreibungen	572,0	592,6	613,9	293,9	298,7	304,5	309,5
Bruttonationaleinkommen	3 323,5	3 458,8	3 585,1	1 690,9	1 767,8	1 749,9	1 835,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 434,4	2 543,1	2 639,6	1 236,3	1 306,8	1 281,2	1 358,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	764,5	798,8	825,4	402,5	396,4	412,5	412,9
Arbeitnehmerentgelt	1 669,9	1 744,2	1 814,2	833,8	910,5	868,7	945,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	4,4	3,5	3,1	3,4	3,6	3,0	3,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,7	4,3	4,8	4,3	4,3	4,9	4,6
Bruttolöhne und -gehälter	4,5	4,5	3,8	4,5	4,5	4,0	3,7
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,7	2,8	2,7	2,8	2,9	2,8	2,7
übrige Primäreinkommen[4]	4,6	0,9	0,6	0,8	1,0	0,0	1,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,2	7,3	6,1	9,3	5,6	5,6	6,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,0	4,2	3,7	4,4	4,0	3,5	3,8
Abschreibungen	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6
Bruttonationaleinkommen	3,9	4,1	3,7	4,2	3,9	3,5	3,8
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	4,1	4,5	3,8	4,7	4,2	3,6	4,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,6	4,5	3,3	5,3	3,7	2,5	4,2
Arbeitnehmerentgelt	4,3	4,5	4,0	4,5	4,4	4,2	3,9
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2]							
a) Mrd. EUR							
Masseneinkommen	1 349,9	1 403,7	1 463,1	675,3	728,5	704,9	758,2
Nettolöhne und -gehälter	905,9	946,1	988,5	446,6	499,5	467,6	520,9
monetäre Sozialleistungen	564,3	581,6	603,2	290,0	291,7	301,0	302,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	120,3	124,0	128,6	61,3	62,6	63,7	64,9
übrige Primäreinkommen[4]	603,6	609,0	612,7	323,3	285,7	323,3	289,4
sonstige Transfers (Saldo)[5]	–78,4	–80,9	–81,4	–40,0	–41,0	–40,4	–41,0
Verfügbares Einkommen	1 875,2	1 931,8	1 994,4	958,6	973,2	987,8	1 006,6
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,6	50,1	50,6	24,7	25,4	25,0	25,6
Konsumausgaben	1 735,0	1 782,9	1 841,0	870,3	912,6	896,9	944,1
Sparen	189,8	199,0	204,0	113,0	86,0	115,9	88,1
Sparquote (%)[6]	9,9	10,0	10,0	11,5	8,6	11,4	8,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	3,9	4,0	4,2	3,8	4,1	4,4	4,1
Nettolöhne und -gehälter	4,2	4,4	4,5	4,4	4,4	4,7	4,3
monetäre Sozialleistungen	3,6	3,1	3,7	2,6	3,5	3,8	3,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,8	3,1	3,7	2,6	3,5	3,8	3,6
übrige Primäreinkommen[4]	4,6	0,9	0,6	0,8	1,0	0,0	1,3
Verfügbares Einkommen	3,9	3,0	3,2	2,7	3,3	3,0	3,4
Konsumausgaben	3,6	2,8	3,3	2,4	3,1	3,1	3,5
Sparen	5,6	4,9	2,5	5,3	4,2	2,6	2,4

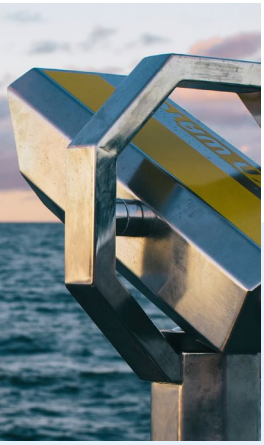
noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2018 und 2019

	2017	2018	2019	2018		2019	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[7]							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	767,2	793,0	818,6	395,6	397,5	408,4	410,3
Nettosozialbeiträge	548,1	569,4	587,1	276,0	293,3	285,0	302,1
Vermögenseinkommen	16,9	18,2	18,2	10,1	8,1	10,2	8,0
sonstige Transfers	22,4	22,0	22,3	9,8	12,2	9,9	12,4
Vermögenstransfers	10,8	10,6	10,7	5,3	5,3	5,3	5,3
Verkäufe	108,9	112,1	116,1	53,4	58,7	55,3	60,7
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 474,6	1 525,5	1 573,1	750,3	775,2	774,2	798,9
Ausgaben							
Vorleistungen[8]	433,4	453,7	475,6	219,8	234,0	230,5	245,1
Arbeitnehmerentgelt	246,5	255,2	263,9	122,6	132,7	126,7	137,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	38,9	37,7	37,5	19,2	18,5	19,0	18,5
Subventionen	27,6	28,3	29,1	13,8	14,5	14,2	14,9
monetäre Sozialleistungen	505,5	522,7	544,2	260,7	262,1	271,6	272,6
sonstige laufende Transfers	75,3	83,2	89,2	44,6	38,6	48,4	40,9
Vermögenstransfers	41,9	33,8	34,9	13,7	20,2	14,2	20,7
Bruttoinvestitionen	70,3	74,7	78,2	32,1	42,6	33,5	44,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–1,4	–1,4	–1,4	–0,6	–0,8	–0,6	–0,8
Insgesamt	1 438,0	1 488,0	1 551,3	725,7	762,3	757,4	793,8
Finanzierungssaldo	36,6	37,5	21,9	24,6	12,9	16,8	5,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	4,8	3,4	3,2	3,3	3,5	3,2	3,2
Nettosozialbeiträge	4,6	3,9	3,1	3,9	3,9	3,2	3,0
Vermögenseinkommen	–6,3	7,4	0,0	14,1	0,1	0,6	–0,7
sonstige Transfers	12,7	–1,6	1,3	–2,3	–1,1	1,4	1,1
Vermögenstransfers	–29,9	–2,2	0,6	–2,4	–2,0	0,7	0,4
Verkäufe	3,8	2,9	3,6	2,6	3,2	3,6	3,5
sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	4,3	3,5	3,1	3,5	3,4	3,2	3,1
Ausgaben							
Vorleistungen[8]	3,5	4,7	4,8	4,8	4,6	4,9	4,8
Arbeitnehmerentgelt	4,2	3,6	3,4	3,6	3,6	3,4	3,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	–6,4	–3,2	–0,5	–3,5	–2,8	–1,0	0,1
Subventionen	–0,7	2,3	2,8	1,8	2,8	2,9	2,8
monetäre Sozialleistungen	4,0	3,4	4,1	2,9	3,9	4,2	4,0
sonstige laufende Transfers	–0,6	10,6	7,2	12,0	9,0	8,3	5,9
Vermögenstransfers	15,0	–19,2	3,3	–36,2	–1,5	4,0	2,8
Bruttoinvestitionen	5,1	6,4	4,6	6,3	6,5	4,4	4,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	3,6	3,5	4,2	2,9	4,1	4,4	4,1
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP: Finanzierungssaldo des Staates	1,1	1,1	0,6	1,5	0,7	1,0	0,3

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
[4] Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
[5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.
[6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
[7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2018: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:
Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:
Stefanie Müller, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß
Tel +49 345 7753 720
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Stefanie.Mueller@iwh-halle.de

Verlag:
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.
Titelbild: © Peter Kasprzyk, www.unsplash.com
Konjunktur aktuell, 6. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. März 2018
ISSN 2195-8319

Leibniz
Gemeinschaft